



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

16.09.2015

Haushalt 2016

Priorität für Investitionen in die Zukunft

Deutschland geht es gut. Die Konjunktur läuft gut und die Prognosen sind gut. In Deutschland gibt es so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie noch nie. Die Steuereinnahmen nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder und Kommunen sind gestiegen. Hatte der Bund 2013 noch 22,1 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen, so konnte der Haushalt 2014 ohne Neuverschuldung ausgeglichen werden. Gleichzeitig war es möglich rund 2,5 Milliarden Euro der Schulden des Sondervermögens Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) zu tilgen. Der Bundeshaushalt 2015 schließlich gilt als eine Art Meilenstein unserer Konsolidierungspolitik: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist es gelungen, die Ausgaben und Einnahmen des Bundes bereits in der Planung ohne neue Schulden auszugleichen.

In der letzten Woche hat der Deutsche Bundestag den Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2016 und den Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019 in erster Lesung debattiert. Dieser Haushalt mit einem geplanten Gesamtvolumen von 312 Milliarden Euro setzt die richtigen Prioritäten, denn sein Schwerpunkt bleiben die Investitionen in die Zukunft. So startet das Investitionsprogramm des Bundes mit zusätzlich zehn Milliarden Euro in den Jahren 2016 bis 2018. Insbesondere die Verkehrsinfrastruktur, der Breitbandausbau, die Energieeffizienz, der Klimaschutz und die Städtebauförderung sollen gefördert werden. Daneben werden die Ausgaben für Bildung und Forschung um über eine Milliarde Euro erhöht und insbesondere die Familien um über fünf Milliarden Euro entlastet. Ein dickes Plus verzeichnet der Etat des Bundesentwicklungsministeriums. Dadurch sollen Fluchtursachen gezielter bekämpft werden können. Auch 2016 soll es weder neue Schulden noch höhere Steuern geben und bis 2019 will der Bund ohne Nettokreditaufnahme auskommen.

Die Beratungen im Plenum standen ganz im Zeichen der aktuellen Flüchtlingssituation. Diese ist für Deutschland und für Europa mittlerweile eine enorme Bewährungsprobe und stellt sowohl Staat als auch Gesellschaft vor die größte Herausforderung seit langer Zeit. Mit einer Umverteilung im Haushalt will der Finanzminister die notwendigen Mehrausgaben ohne die Aufnahme neuer Schulden stemmen. So ist vorgesehen, 2016 zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik die Ausgaben des Bundes um 3 Milliarden Euro zu erhöhen. Darin sind 400 Millionen Euro zusätzlich für humanitäre Hilfen zur Bekämpfung der Fluchtursachen im Haushalt des Auswärtigen Amtes enthalten. Wir müssen die Zusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern und Haupttransitländern verstärken, um dort durch zielgerichtete Aktionen für Stabilisierung, Konfliktlösung und gute Lebensperspektiven zu sorgen. Mit einem Teil des Geldes werden bis zu 10.000 zusätzliche Plätze beim Bundesfreiwilligendienst zur Unterstützung und Koordinierung des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Außerdem wird mit dem Aufbau von 3.000 zusätzlichen Stellen bei der Bundespolizei begonnen und bis zu 1.000 zusätzliche Stellen sollen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Beschleunigung der Asylverfahren

eingerrichtet werden. Integrations- und Deutschkurse sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden ebenfalls finanziert. Weitere 3 Milliarden Euro stellt der Bund zur Entlastung von Ländern und Kommunen zur Verfügung. Mit dem Bundeshaushalt 2016 und dem mittelfristigen Finanzplan wird das im Koalitionsvertrag vereinbarte und maßgeblich auf CSU-Forderungen zurückgehende Ziel ausgeglichener Haushalte bis 2019 fortgeschrieben.

Neben den finanziellen sind auch strukturelle Maßnahmen erforderlich. Anfang September wurde von der Koalition ein umfassendes und ausgewogenes Maßnahmenpaket zur Flüchtlingspolitik beschlossen. Dabei konnte die CSU wesentliche Punkte ihrer Asylpolitik mit längst überfälligen Maßnahmen zur Begrenzung des Zustroms durchsetzen. Es wird zunehmend wichtig, dass wir uns mehr auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentrieren und eine Überforderung Deutschlands verhindern. Klar ist, dass diejenigen, die schutzbedürftig sind, Hilfe und Unterstützung erfahren. Sie sollen durch Sprachkurse und am Arbeitsmarkt gut integriert werden. Asyl kann aber nicht die Antwort auf Armut in der Welt sein. Deshalb haben wir uns auf wichtige Schritte zur Beseitigung von Fehlanreizen und zur Bekämpfung von Asylmissbrauch verständigt. So soll der Kreis der „sicheren Herkunftsländer“, in die Asylbewerber schneller zurückgeschickt werden können, um den Kosovo, Albanien und Montenegro erweitert werden. Für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive wird der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zum Ende des Verfahrens verlängert. Für sie gilt ab sofort wieder die Residenzpflicht. Dort erhält Sachleistung wieder Vorrang vor Bargeldleistung. Und auch die Sozialleistungen für Ausreisepflichtige werden reduziert. Die Zeit drängt. Deshalb werden wir noch im September dazu ein Gesetzespaket auf den Weg bringen, das bereits im Oktober verabschiedet werden soll.

Die Flüchtlingspolitik ist keine rein nationale Aufgabe. Europa muss zu seinen Verpflichtungen stehen. Hierzu zählt die gerechte Verteilung schutzbedürftiger Flüchtlinge auf die EU-Staaten genauso wie eine gemeinsame Definition sicherer Herkunftsländer und die wirksame Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Die CSU fordert schon seit geraumer Zeit die konsequente Einhaltung der EU-Regeln nach dem Dublin-Verfahren. Eine Situation unkontrollierter Einreise wie in Ungarn darf sich nicht wiederholen. Europa braucht ein einheitliches europäisches Asylrecht. Dazu gehören gleiche Regeln bei Grenzschutz, Verfahrensdauer und Leistungsstandards.

Die Lösung der Flüchtlingsproblematik ist ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen, der gleichzeitig alle gesellschaftlichen Kräfte fordert. Wir erleben zurzeit ein großartiges Engagement vieler Menschen. Dafür möchte ich allen ganz herzlich danken. Ich bin sicher, dass wir diese Bewährungsprobe bestehen, wenn wir gemeinsam weiter pragmatisch, mit gesundem Menschenverstand und Engagement handeln.